

Internationale Nachrichten

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **183 (2017)**

Heft 7

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Deutschland

Hausputz bei von der Leyen

Die Innenminister der deutschen Länder haben sich Ende Mai eingehend darauf verständigt, dass die so genannten Reichsbürger entwaffnet werden sollen. Die Bewegung, welche aktuell etwa 10000 Mitglieder zählt, lehnt die Demokratie und Rechtmässigkeit der Bundesrepublik ab und beruft sich auf das Fortbestehen des Deutschen Reichs und die Weimarer Reichsverfassung (welche in deren Annahme nie ausser Kraft gesetzt wurde). Auffallend daran ist, dass sich überproportional viele (bewaffnete) Behördenvertreter als Reichsbürger bezeichnen, ihnen soll nun ihr Arbeitsgerät weggenommen werden. Dieser Be-



Unter Nr. 178 registriert: «Schriftzug, steht über dem Reichstag». Bild: Deutscher Bundestag

schluss reiht sich zeitgleich in die Neuunterstellung des für die Spionageabwehr zuständigen Militärischen Abschirmdienstes (MAD), weg von der Streitkräftebasis, direkt zum

Ministerium. Damit bindet die deutsche Verteidigungsministerin von der Leyen «ihren» Geheimdienst noch enger an sich. Und im Zuge der Vorfälle um den (rechtsradikalen) Oberleutnant Franco A., welchem unter dem Vorwand syrischer Christ und Obstverkäufer zu sein in Deutschland

der Asylstatus gewährt wurde, wies von der Leyen ihre Feldjäger an, nun noch genauer hinzuschauen. In sämtlichen Kasernen und Stuben der Bundeswehr liess sie Bilder von ehemaligen Wehrmachtsoldaten (in Uniform) abhängen. Darunter Personen wie Paul von Hindenburg, Erwin Rommel oder sogar Helmut Schmidt. Weitere 400 Gegenstände wurden im Zuge einer so genannten «Bestandesaufnahme zum Traditionsverständnis in Kasernen und Liegenschaften der Bundeswehr» inventarisiert, beschlagnahmt, entfernt oder übermalt. Vom napoleonischen Säbel als Abschiedsgeschenk, über Bilder von Halbkettenfahrzeugen, einer Enigma-Chiffriermaschine aus den Marineausbildungsbeständen, einer «Gelobt sei, was hart macht»-Tafel aus Nietzsches Also Sprach Zarathustra, bis hin zum drei Meter Wandbild eines Soldaten mit der Bemerkung [sic!] «Gut einsehbar von ausserhalb der Kaserne. Ca. 3 m von der Kasernenmauer entfernt in ca. 4 m Höhe. Bei starken Zoomen Wehrmachtsadler auf der Mütze und an Brust sichtbar; dort womöglich Teile eines Hakenkreuz (mit blossem Auge nicht erkennbar).» Sogar der Schriftzug über dem Reichstag wurde ins Register aufgenommen. Neu wird denn auch das Zentrum für innere Führung direkt dem Verteidigungsministerium unterstellt, was von der Leyen mittels eines Tagesbefehls anordnete. Dort schreibt sie dazu, dass nur auf diese Weise die von General Wolf Graf von Baudissin ins Leben gerufene Institution ihre Rolle bei der Umsetzung des Programms «innere Führung heute» wahrnehmen kann. Beobachter bleiben indes gespannt, wie der Bürgersoldat in Uniform alsdann aussehen soll.

Österreich

Fremde Panzer im eigenen Land

Im Zuge einer jährlich stattfindenden NATO-Übung verlegten im Juni erstmals grössere ausländische Truppenverbände zu Wasser und zu Land durch Österreich. Ziel: die Schwarzmeerregion. Anlässlich der internationalen «Saber Guardian 2017» genannten Volltruppenübung, welche heuer unter dem Motto «Förderung von Frieden und Stabilität» in Ungarn, Rumänien und Bulgarien stattfand, begaben sich etwa 25000 Soldaten aus mehr als 20 Ländern in den Übungsraum. Für Österreich, welches als PfP-Land selbst nicht an Saber Guardian teilnahm, boten die Truppenverschiebungen eine gute Plattform, die eigenen logistischen Fähigkeiten des Bundesheeres

zu überprüfen und zu verbessern. Zunächst in der Betreuung von Eisenbahntransporten und in der zweiten Phase von mehreren Konvois mit insgesamt ca. 550 Fahrzeugen und knapp doppelt so viel Personal. Die Routenwahl, geplante Marschhalte und Versorgungspunkte wurden durch das «National Movement Coordination Center» des österreichischen Heeres vorgegeben. Auf diese Weise konnten ausschliesslich militärische Einrichtungen angesteuert werden. Die Herausforderung lag denn auch darin, pro Tag bis zu 8 Konvois à 20 Fahrzeuge abzuwickeln. Die Transporte waren neutralitätstechnisch problemlos, da durch das Truppenaufenthaltsgesetz abgesichert und weder völkerrechtlichen noch aussenpolitischen Interessen entgegenlaufend.

Frankreich

Hart gegen den Terror

Seit den Anschlägen in Paris im November vor zwei Jahren sind in der Grande Nation insgesamt 236 Personen durch

ten Ereignisse in Europa und insbesondere in England geht nun die Regierung unter ihrem neuen Präsidenten einen Schritt weiter. Als klar gilt, dass Emmanuel Macron den



Forces Spéciales in Mosul. Bild: Baghdad Post

Ausnahmezustand verlängern möchte. Neu ist indes aber, dass französische Bürger, welche sich dazu entscheiden, für den Islamischen Staat zu kämpfen, nun offenbar auch gezielt getötet werden. Unter dem Programm «Anti-islamistischen Terror ums Leben gekommen. Mehr als 500 weitere wurden verletzt. Immer noch gilt in Frankreich deshalb der Ausnahmezustand. Aktuell noch bis 15. Juli dieses Jahres. In Anbetracht der jüngs-

Ausnahmezustand verlängern möchte. Neu ist indes aber, dass französische Bürger, welche sich dazu entscheiden, für den Islamischen Staat zu kämpfen, nun offenbar auch gezielt getötet werden. Unter dem Programm «Anti-islamistischen Terror ums Leben gekommen. Mehr als 500 weitere wurden verletzt. Immer noch gilt in Frankreich deshalb der Ausnahmezustand. Aktuell noch bis 15. Juli dieses Jahres. In Anbetracht der jüngs-

Daesh» wurde eine Taskforce aufgestellt, welche mit 50 Spezialisten rund um die Uhr zeitnahe Informationen sammeln, verwerten und verbreiten kann. Die Prozesse gingen bisher einfach zu lange, so Regierungs-

sprecher Christophe Castaner. Denn wenn Informationen manchmal implizit eine Entscheidung innerhalb einer halben Stunde erfordern, dann müsse auch innert dieser Zeit entschieden werden. Aktuell war dies nicht der Fall. Auf die Frage angesprochen, ob es denn diese gezielte Tötungen bereits gibt, antwortet Castaner: «Ich möchte allen Kämpfern, welche dem IS beitreten

und welche sich im Ausland dem Kriegstreiben anschliessen, folgendes sagen: Krieg zu führen, heisst Risiken einzugehen, und insofern müssen sie [die Kämpfer] ihre eigenen Risiken in Kauf nehmen.» Konkret geht es darum, dass im Kampf um Mosul durch französische Spezialkräfte und von ihnen besonders dafür geschulte irakische Militärs bereits gezielt französische Angehörige

des Islamischen Staats ausgeschaltet wurden. Von offizieller Seite wurde jedoch nur bestätigt, dass es unter den etwa 1700 französischen IS-Kämpfern ungefähr 30 hochrangige Funktionäre gäbe, welche als «High-Value»-Ziele definiert wurden. Es scheint deshalb konsequent, dass beim ersten Treffen des russischen und neuen französischen Präsidenten Ende Mai im Schloss

Versaille Emmanuel Macron sein Pendant dazu drängte, in Zukunft enger mit ihm zusammenzuarbeiten. Denn allein in Syrien und dem Irak engagiert sich Frankreich aktuell mit einer 1200 Mann starken Truppe. Spezialkräfte stehen in Libyen und Nigeria bereit und eine eigene Mission mit über 3000 Soldaten kämpft in der gesamten Sahelzone gegen den islamistischen Terror.

Montenegro

Mit Altlasten in die NATO

Der Weg zur Aufnahme des Balkanstaates Montenegro in die NATO (als deren 29. Mitglied) war steinig. Nachdem Russland, laut einem mit den Ermittlungen beauftragten Sonderstaatsanwalt letztes Jahr einen (gescheiterten) Staatsstreich anzettelte, um diesen Beitritt zu sabotieren, verhängte es nun kurzerhand eine Einreisesperre für etwa 60 Politiker aus Montenegro. Darunter sämtliche Mitglieder der aktuellen Regierung sowie all diejenigen, welche sich im Parlament für den NATO-Beitritt aussprachen.

Als dann anfangs Juni Russland einen montenegrinischen Parlamentarier über Nacht grundlos festhielt und ihn an der Ausreise hinderte, wurde in Podgorica kurzerhand der russische Botschafter einberufen und diesem beschieden, dass nun 149 russische und ukrainische Staatsbürger nicht mehr nach Montenegro reisen dürfen. Als «unerwünscht» im Sinne dieser Erklärung gelten beispielsweise der russische Premierminister Dimitry Rogozin, Geheimdienstchef Nikolai Patrushev oder Ramzan Kadyrov, Präsident der Teilrepublik Tschetschenien. Ihnen gemeinsam sei ihre Rolle im Ukraine Konflikt und ins-

besondere der Annexion der Krim. Montenegro verfügt über das kleinste Verteidigungsbudget der Nordatlan-



Trump vs. Marković am NATO-Gipfel.

Russen besitzen Wohneigentum im Kleinstaat mit seinen 620000 Einwohnern. Die kurze Episode am NATO-Gipfel, als der US-Präsident Trump den montenegrinischen Premier Duško Marković für ein Gruppenfoto kurzerhand beiseite schob, unterstreicht dabei die heikle Situation an der Adria. Auch wenn

nun die NATO als wichtiger Partner Rückhalt gibt, Montenegro versteht sich weiterhin als Spielball zwischen den Supermächten aus dem Osten und Westen.

Das Land profitierte bisher stets von russischen Direktinvestitionen (ca. 1,3 Mia. USD pro Jahr) und geschätzte 80000

Russland

Zusammenarbeit auf russisch

In Tadschikistan wurde anlässlich der Übung «Duschanbe Anti Terror 2017» schweres Geschütz aufgeföhren. Zum ersten Mal feuerte Russland im April eine ISKANDER Interkontinentalrakete zu Testzwecken ausserhalb des eigenen Territoriums ab. Das besondere daran war, dass die Übung vom Anti-Terror-Zentrum der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) durchgeführt wurde und nicht wie bis anhin von der Organisation des Vertrags über kollektive



Koordination zwischen den GUS-Teilnehmern.

Bild: cisatc.org

Sicherheit (OVKS), dem von Russland geföhrenen internationalen Militärbündnis.

Das Szenario und Konzept der seit Jahren im gleichen Rahmen stattfindenden Übung

hat sich unter neuer Schirmherrschaft aber nicht wesentlich geändert. Warum deshalb dieser von Moskau initiierte Schritt? Usbekistan ist aus der OVKS im Jahr 2012 ausgetreten. Somit kann nun Russland (indem es auf Umwegen alle Partner wieder ins Boot holt) sein Ziel, Vorreiter im Kampf gegen den Terror im asiatischen Raum zu sein, konsolidieren. Dazu meint der russische Verteidigungsminister Sergei Shoigu: «Die Terrorbedrohung im zentralasiatischen Raum verlangt danach, dass Russland und Usbekistan ihre Kräfte gemeinsam einsetzen.

Deshalb sei es so wichtig, innerhalb der bestehenden Allianzen der GUS und der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit zu agieren und die Übung in Duschambe zu unterstützen». Die knappe Antwort aus Usbekistan, welches bekanntlich nicht die besten Beziehungen zu seinem Nachbarn Tadschikistan pflegt, folgte prompt. Verteidigungs-

minister Generaloberst Kabul Berdiyew kommentierte trocken: «Unsere Verbindungen zu Russland sind vielschichtig. Auch der Umfang der militärischen Zusammenarbeit vergrössert sich von Jahr zu Jahr. Dieses Jahr werden wir die Engagements auf 36 Aktivitäten verdoppeln. Und das ist doch eine sehr beachtliche Zahl.»

Venezuela

Die Lage ist ernst

Die Opposition in Venezuela kämpft seit Monaten für eine Volksabstimmung über eine Amtsenthebung Maduros. Sie macht ihn für die schwere Wirtschaftskrise in dem südamerikanischen Land verantwortlich, die zu dramatischen Versorgungsengpässen geführt hat. Bei den Protesten wurden bisher um die 60 Menschen getötet und zahlreiche weitere verletzt.

Seit Anfang April gibt es nahezu täglich Strassenschlachten zwischen Sicherheitskräften und Demonstranten. Jüngste Ereignisse sind erneute Demonstrationen wegen der Aufhebung der Verfassung – was zum Teil rückgängig gemacht wurde –, gegen die Einschränkung der Pressefreiheit und die Entmachtung von Bürgermeistern.

Anlass für die Demonstration für Pressefreiheit war die Schliessung des regierungskritischen Fernsehsenders RCTV vor zehn Jahren. Der damalige Präsident Hugo Chavez rief stattdessen den neuen Staatsender TVES ins Leben. Chavez Nachfolger Nicolas Maduro erklärte, TVES stehe seit zehn Jahren für «humanistisches Fernsehen». An der Gedenk-Demonstration beteiligten sich mehrere tausend Menschen. Als die Demonstranten über eine Autobahn im Osten von Caracas zogen, setzten verummte Jugendliche Lastwa-

gen in Brand. Der schwarze Rauch mischte sich mit den Tränengasschwaden der Polizei. Die Demonstranten attackierten die Einsatzkräfte mit Steinen und Brandsätzen.

Auch Bürgermeister gingen auf die Strasse. «Solange wir Bürgermeister sind, werden wir das Versammlungsrecht verteidigen», sagte der Bürgermeister des wohlhabenden Bezirks Chacao in der Hauptstadt Caracas, Ramón Muchacho.

Zuvor hatte der Gerichtshof acht Bürgermeistern in Caracas sowie in den Regionen Miranda und Mérida befohlen, die Demonstrationen gegen die sozialistische Regierung von Präsident Nicolás Maduro zu verhindern. Sollten sie der Anordnung nicht folgen, würden sie inhaftiert, drohten die Richter. «Das ist nicht nur ein Phänomen in einigen Ortschaften. Venezuela kämpft für sein Recht, über seine Zukunft zu entscheiden», entgegnete Muchacho.

Bei den seit Wochen andauernden Protesten wurden nach Angaben von Menschenrechtsaktivisten 2815 Menschen festgenommen. 1240 seien immer noch in Gewahrsam. 341 Demonstranten wurden demnach vor Militärgerichte gestellt, 178 von ihnen sind in Haft. Die Opposition fordert Neuwahlen. Maduros Vorschlag zur Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung lehnen die Regierungsgegner ab.

China und Nordkorea

Das kleinste Übel

Chinas Staatschef Xi Jinping freute sich. Umgeben von einer internationalen Entourage wollte er seine «neue Seidenstrasse» vorstellen. «One Belt – One Road», so lautet nämlich die chinesische Westwärts-Strategie. Über Land geht es über Zentralasien nach Europa (road); über Wasser über den indischen Ozean auf den Strassen von Malakka und Hormuz (belt). Doch dann kamen die Spielverderber: Donald Trump und Kim Jong-Un.

Der US-Präsident Donald Trump weigerte sich nämlich, eine Delegation nach Peking zu schicken. In seiner eigenen Mission im Mittleren Osten und Europa nahm er den Chinesen auch einen Teil der Show. Zusätzlich hat Trump zur Eindämmung Nordkoreas einen dritten Flugzeugträger, die «Nimitz», in die pazifische Region geschickt. Das Schiff wird sich den bereits in Asien stationierten Flugzeugträgern «Carl Vinson» und «Ronald Reagan» anschliessen. Wenn das Reich der Mitte schon zeigen wollte, dass es in der Mitte Asiens ist, sind Trumps drei Flugzeugträger in der Region eine offene Infragestellung Pekings.

Doch der nordkoreanische Führer Kim Jong-Un rebellierete noch offener. Denn er setzte seine Raketentests fort. Sie

feuerten zwar in Richtung Japan, doch eine andere Symbolik war für Peking stärker: Als Abschussplatz für den Waffentest wählte der Diktator wohl mit Bedacht die Stadt Kusong im äussersten Norden Nordkoreas, nahe an der Grenze zu China. Zudem hat Kim nach einer Meldung der nordkoreanischen, staatlichen Nachrichtenagentur die Massenproduktion und Stationierung einer neuen Flugabwehrrakete angeordnet. Details zur Art der Waffe wurden darin nicht genannt.

Genau in dem Augenblick als Peking mit seinem historischen Seidenstrassen-Projekt eine neue Westbindung vorbereitet, bestätigte der Nordkoreaner Kim die Warnungen des renommierten Shanghaier Historikers Shen Zhihua. Der hatte das sich atomar hochrüstende Nordkorea als «potenziellen Feind» Pekings bezeichnet: «Wie kann China seine Seidenstrassen-Initiative nach Westen ausbauen, wenn einer hinter seinem Rücken mit Feuer zündelt?» Präsident Xi Jinping versuchte, Kims Rakete zu ignorieren, als er nur drei Stunden später den Seidenstrasse-Gipfel eröffnete.

Chinesische Experten debattieren nun offen, welches das kleinere Übel sei: Ein wildgewordenes Regime in Nordkorea oder eine verstärkte US-Militärpräsenz in der Region.



Nimitz.

Bild: Wikimedia

Myanmar/Burma

Unruhige Zeiten
in Myanmar

Shan, Karen, Kachin, Rohingya: Diese Gruppen – unter anderem – befinden sich in bürgerkriegsähnlichen Zuständen mit der Regierung Myanmars. Auch politisch ist die Lage verfahren. Es besteht ein Gewirr aus gegenseitigem Misstrauen, Animositäten und – so behaupten viele – internationaler Verwicklung.

Myanmars faktische Regierungschefin Aung San Suu Kyi hat einen neuen Anlauf gestartet, die seit Jahrzehnten andauernden Aufstände zu beenden. In der Hauptstadt Naypyidaw kamen mehrere hundert Vertreter von Rebellengruppen für Beratungen über einen Waffenstillstand zusammen. Unter Leitung der Friedensnobelpreisträgerin sollen sie über eine Stärkung des Föderalismus in Myanmar bera-

ten, um mehr innere Autonomie zu gewähren.

Zum ersten Mal wird es dabei auch um die Frage gehen, ob sich Myanmars Bundesstaaten eigene Verfassungen geben dürfen. Beobachter sehen darin einen symbolisch wichtigen Schritt auf dem Weg zu einer Beilegung der Konflikte, die vor allem Myanmars Grenzregionen zu China und Thailand betreffen.

Ein schneller Durchbruch bei den Gesprächen gilt jedoch als unwahrscheinlich. Die Positionen der Konfliktparteien sind weit auseinander. Shan, Karen und andere Gruppen wollen einen föderalen Staat; das mächtige Militär will das nicht. Der Regierung von Suu Kyi fehlt die Macht, um ohne Zustimmung der Armee Friedensabkommen zu treffen. Dem Militär unterstehen laut Verfassung die Ministerien für Inne-

res, Verteidigung und Grenzschutz.

Die Probleme enden nicht dort: An den Gesprächen nehmen nur einige wichtige Rebellengruppen teil – so etwa die Vereinigte Armee der Wa-Staaten, die Kachin-Unabhängigkeitsarmee und die Arakan-Armee. Regierung und Militär beharren nämlich darauf, nur die acht Gruppen als Verhandlungspartner anzuerkennen, die das 2015 noch von der Regierung von Präsident Thein Sein ausgehandelte «Nationale Waffenstillstandsabkommen» unterzeichnet haben. Andere Verbände mit teils grossen, effektiven Armeen weigern sich, einen Waffenstillstand als Vorbedingung für einen politischen Dialog zu akzeptieren. Die ersten Friedensgespräche vor einigen Monaten hatten deshalb keinen Durchbruch gebracht.

Myanmars Regierung erteilte zuletzt auch noch inter-

nationale Kritik für mutmassliche ethnische Säuberungen des Militärs in dem vorwiegend von Rohingya bewohnten Staat Rakhine. Suu Kyi wies die Vorwürfe zurück. Eine UN-Kommission geht jetzt den Vorwürfen nach.

Was die Sache auch noch verstärkt: Alle Konfliktparteien in Burma berufen sich auf eine Erfindung der ehemaligen Kolonialmacht, Grossbritannien, um einen höheren Anspruch geltend zu machen. Mit dem sehr unklaren Begriff der ethnischen Minderheit begründen alle Personenverbände, die sich von der Regierung Myanmars lösen wollen, ihre Sonderstellungen. Die Konflikte in Myanmar dauern bereits seit der Unabhängigkeit des Landes von Grossbritannien 1948. Damals kamen bis dahin unabhängige Regionen sogenannter ethnischer Minderheiten unter Kontrolle des Staats.

Philippinen

Notstand gegen IS

Seit Tagen halten die Gefechte zwischen Islamisten und Sicherheitskräften in Marawi an. Laut Regierungsangaben sind auch ausländische Extremisten beteiligt. Bei den Gefechten starben bisher 46 Menschen. Staatspräsident Rodrigo Duterte verhängte während eines Staatsbesuchs in Moskau den Notstand über die 20 Millionen Einwohner zählende Region Mindanao.

An den seit Tagen andauernden Kämpfen zwischen Islamisten und Sicherheitskräften in der südphilippinischen Stadt Marawi sind nach Regierungsangaben auch ausländische Extremisten beteiligt. Es handle sich um Kämpfer aus Malaysia, Indonesien und Singapur sowie «andere ausländische Dschihadisten», sagte Jose Calida, oberster Rechts-

berater der Regierung in Manila. Er sprach auch von einer «Invasion von ausländischen Kämpfern».

Dutzende Islamisten sollen sich in der 200 000-Einwohner-Stadt Marawi zur Dschihadistenmiliz Islamischer Staat (IS) bekannt haben. Die Sicherheitskräfte beschossen Stellungen der Extremisten aus der Luft und setzten Panzerfahrzeuge ein. Einem Militärsprecher zufolge starben bislang elf Soldaten, zwei Polizisten und 31 Islamisten. Zudem wurden zwei tote Zivilisten in einem zwischenzeitlich von den Aufständischen besetzten Krankenhaus entdeckt. Das Militär untersuchte den Angaben zufolge auch Berichte über neun Tote an einer Strassen Sperre der Extremisten.

Die Gefechte in Marawi begannen, nachdem Sicherheitskräfte ein Haus angegriffen hat-

ten, in dem sie Isnilon Hapilon vermuteten, einen Kommandeur der Islamistengruppe Abu Sayyaf und Anführer des philippinischen IS-Ablegers. Ermittlern zufolge will dieser alle Gruppen vereinen, die dem IS die Treue schwören. Die USA haben auf Hapilon ein Kopfgeld von fünf Millionen Dollar (etwa 4,8 Millionen CHF) ausgesetzt. Abu Sayyaf ist vor allem auf den Inseln im äussersten Süden von Mindanao präsent. Seit den Neunzigerjahren hat die Gruppe Hunderte Philippiner und Ausländer verschleppt, um Lösegeld zu erpressen. Im Februar hatte Abu Sayyaf einen 70-jährigen deutschen Segler entführt.

Angesichts der Kämpfe hatte der philippinische Präsident Rodrigo Duterte das Kriegsrecht über die Region Minda-

nao verhängt. Er drohte auch damit, die möglicherweise ein Jahr lang andauernde Massnahme auf das gesamte Land auszudehnen. Zur Begründung sagte er, die IS-Miliz habe inzwischen auch im Zentrum und im Norden der Philippinen Fuss gefasst. Auf den Philippinen kämpfen muslimische Aufständische seit vier Jahrzehnten gegen die Regierung des mehrheitlich katholischen Landes. Mehr als 120 000 Menschen wurden bei diesen Konflikten bereits getötet. In der Region Mindanao, die aus der gleichnamigen grossen Insel und weiteren kleineren Inseln besteht, verüben Mitglieder islamistischer Gruppen in ihrem Kampf für Unabhängigkeit oder Autonomie immer wieder Anschläge.

*Pascal Kohler,
Henrique Schneider*